

«Ein Krieg gegen die Demokratie»

Jean Asselborn war zwischen 2004 und 2023 Aussenminister von Luxemburg. Morgen spricht er in Luzern über Putin und die Zukunft Europas.

Interview: Silvio Frei

Fast zwei Jahrzehnte vertrat Jean Asselborn als Aussenminister Luxemburg auf der internationalen Bühne. Morgen Donnerstag tritt er in Luzern unter dem Thema «Europa in schwierigen Zeiten» auf. Im Gespräch mit unserer Zeitung spricht der 76-Jährige über Wladimir Putin und den Krieg in der Ukraine, über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU – und darüber, warum die Sozialdemokraten vielerorts den Kontakt zu den Menschen verloren haben.

In den letzten Jahren sind immer mehr Länder autokratischer geworden. Was bedeutet das für Europa?

Jean Asselborn: Was wir derzeit erleben, ist ein gefährlicher Trend: eine Bewegung nach rechts, weg vom Multilateralismus. Immer häufiger hört man, dass internationale Organisationen oder Kooperationen nicht mehr gebraucht würden. Das ist brandgefährlich. Russland oder die Türkei sind heute gefesselte Demokratien – die USA sind auf dem Weg dahin. In der Türkei oder auch Russland kann man schon seit langem nicht mehr von einer funktionierenden Demokratie sprechen, obwohl sie diese gemäss Verfassung wären. Eine grosse Gefahr sehe ich darin, dass Länder wie Ungarn unter Viktor Orbán heute von Politikern wie Donald Trump als Vorbild gesehen werden – als Modell, wie Europa aussehen sollte. Demokraten müssen sich bewusst sein: Man ist in der Minderheit und hat die grosse Aufgabe, die Fahne der Demokratie hochzuhalten. Frieden wird nicht durch Unterschriften gesichert, sondern durch Werte, die die Menschen leben.

Hat man in der EU bei Ländern wie Ungarn zu lange zugeschaut?

Ja, ganz klar. Das Regime Orbán schleppen wir seit 2010 mit uns

mit – und es ist mit den Jahren immer schlimmer geworden. Der grosse Fehler war, das Ganze über ein Jahrzehnt gären zu lassen, ohne entschieden dagegen vorzugehen. Als Sanktionsmechanismus gab es denn Artikel 7: Wer gegen die Werte, Regeln und den Geist der EU verstösst, dem kann das Stimmrecht entzogen werden. Doch dafür braucht es eine Einstimmigkeit – und die war nicht erreichbar. Seit 2021 gibt es deshalb nun den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus: Wer sich nicht an die Regeln hält, soll keine EU-Gelder mehr erhalten.

In vielen europäischen Ländern verlieren sozialdemokratische Parteien Stimmen an rechtskonservative Parteien. Wie erklären Sie sich das?

Die Sozialdemokratien – in Frankreich, Deutschland, Belgien und anderswo – stehen heute vor einer massiven Herausforderung: Viele Menschen können von ihrem Lohn nicht mehr leben. Dieses Problem haben die sozialdemokratischen Parteien in den letzten 20 Jahren vernachlässigt. Im Norden Frankreichs sind viele ehemals sozialdemokratische Wähler zu Le Pen und der Front National abgewandert. In Deutschland hat die AfD zahlreiche Wähler von der SPD gewonnen. Die sozialdemokratische Bewegung muss wieder begreifen, dass ihre Hauptaufgabe die soziale Sicherheit und Chancengleichheit ist. Diese Themen wurden in den letzten Jahrzehnten nicht genug als Priorität gesehen.

Sie waren fast 20 Jahre Aussenminister und haben viele internationale Akteure getroffen – unter anderem auch Wladimir Putin. Was ist Ihr persönlicher Eindruck von ihm?

Ich habe Wladimir Putin im Jahr 2005 ein erstes Mal persönlich kennengelernt, und der erste Eindruck war positiv. Wir unterschrieben damals ein Abkommen, und Putin sagte, er wolle



Der Sozialdemokrat Jean Asselborn gilt als Vertreter der europäischen Idee. Bild: Oliver Hoslet / Keystone

Europa und Russland gemeinsam voranbringen. In den Jahren danach schien er sich zu verändern. 2007, bei der Sicherheitskonferenz in München, war der Ton bereits ein anderer – doch damals gab es noch keine direkten Anzeichen für das, was kommen sollte. Der Krieg in Georgien wurde nicht allzu ernst genommen, und als er die Krim annektierte, war die Reaktion Europas schwach. Viele

hofften, dass sich in Russland durch den Handel mit der EU eine Mittelschicht entwickeln würde, welche demokratische Werte vertritt. Doch dann kam 2022 der Angriff auf die Ukraine. Wenn man fragt, warum er das tut, ist das schwer zu beantworten. Es ist wichtig zu betonen, dass dies kein europäischer Krieg ist – es ist ein Krieg gegen die Demokratie und die Charta der UNO. Putin hasst demokra-

tische Werte. Ein normales Verhältnis wiederherzustellen, wird schwierig bis unmöglich.

Denken Sie, dass ein Frieden in der Ukraine trotzdem möglich ist?

Ich hoffe, dass der Tag kommt, an dem Putin an den Tisch zurückkehrt, mit dem Willen, einen menschenwürdigen Frieden zu verhandeln. Aber wenn wir täglich die Bombardierun-

gen sehen, die zerstörten Wohnungen und die Menschen, die sterben – dann weiss man nicht, wie dieser Krieg wirklich enden kann. Die EU muss ihren Beitrag für den Frieden leisten, aber sie kann das nicht allein schaffen. Und man muss sich bewusst sein: Die Menschen in der Ukraine kämpfen und sterben auch für unsere Demokratien.

Sprechen wir noch über die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Wie beurteilen Sie diese Partnerschaft, gerade in Bezug auf den Rahmenvertrag?

Ich erinnere mich gut an 2015, als ich Simonetta Sommaruga traf. Bereits damals arbeitete man intensiv an den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Es gab Streitpunkte, etwa bei der Zuwanderung oder beim Europäischen Gerichtshof. Dennoch wurde auf beiden Seiten gute Vorarbeit geleistet. Ich hoffe, dass am Ende beide Seiten Gewinner sind: Die Schweiz ist eine Gewinnerin, wenn sie ein gutes Verhältnis zur EU hat und die EU ist ebenso eine Gewinnerin, wenn sie ein gutes Verhältnis zur Schweiz hat. Man muss auch sagen, wenn jemand am gemeinsamen europäischen Markt teilnehmen will, muss man sich auch engagieren. In der Schweiz hat sich vielleicht nach dem Zollstreit mit Trump ein Denken entwickelt, dass man nicht immer nur allein zurechtkommen kann und gemeinsam stärker ist. Die Schweiz hat eine starke direkte Demokratie, ja – aber langfristig liegt es auch in ihrem Interesse, eng an die EU angebunden zu bleiben.

Hinweis

«Europa in schwierigen Zeiten»: Sozialdemokratische Antworten auf Orbán, Putin, Trump und Co. mit Jean Asselborn. Moderation: David Roth. 16. Oktober, 19 Uhr, Marianischer Saal, Bahnhofstrasse 18, Luzern. Der Anlass steht allen Interessierten offen, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Soziologischer Standpunkt

Hightech auf dem Teller

Fleisch aus dem Labor, Insektenproteinriegel oder vegane Eier versprechen eine nachhaltige Transformation von Landwirtschaft und Ernährung. Auch neue Apps zur Essenslieferung, vertikale Landwirtschaft oder optimierte Bewässerung mittels Drohnen sollen Essen nachhaltiger machen – alles dank Technologie.

Die entsprechenden Lebensmittel sind mittlerweile fester Bestandteil unserer Verkaufsregale und landen auf unseren Tellern. Ihren Ursprung haben sie jedoch oft in Kalifornien, im Silicon Valley, wo die Tech-Elite, die sich sonst um Apps und Algorithmen kümmert,

Landwirtschaft und Essen als neue Spielwiese entdeckt hat. In sogenannten Pitches, kurzen öffentlichen Präsentationen für Investoren, preisen die Food-Techs ihre Innovationen an. Ein Soziologinnentrio um Madeleine Fairbairn hat diese Pitches genauer untersucht.

Ihre Analyse zeigt, wie die Pitches moralisch aufgeladen sind, wenn sie die grossen Probleme von Ernährungssicherheit bis Klimawandel adressieren: Zehn Milliarden Menschen müssen bis 2050 ernährt werden, und die Kuh sei schlecht fürs Klima. Das sind die wiederkehrenden Narrative, die

technologische Innovation rechtfertigen sollen.

Die Pitches klingen nach fundamentaler Veränderung, ja Revolution. Die Autorinnen zeigen jedoch, dass sich die Food-Techs meist in bestehenden Strukturen einordnen. Sie suchen Nähe zu Grosskonzernen, versprechen Investorinnen schnelle Rendite und argumentieren ziemlich losgelöst von den Realitäten der Landwirte und Konsumentinnen. Ein berüchtigtes Beispiel dafür ist das Start-up Juicero. Es erhielt in den 2010er-Jahren 120 Millionen US-Dollar, um eine intelligente Saftpresse mit Internetverbindung, Scanner und Mik-

roprozessoren auf den Markt zu bringen. Als sich herausstellte, dass die Saftpackungen auch per Hand und ohne die 400-US-Dollar-Maschine ausgepresst werden können, wurde «Juicero» zum Symbol der «Silicon Valley Dummheit».

Es gilt aber anzuerkennen, dass viele Versprechen der Food-Techs überzeugend klingen. Wer möchte nicht Lebensmittel, die weniger schädlich für Tier, Umwelt und Mensch sind? Doch die Soziologinnen stellen die relevante Frage: Wessen Probleme werden mit dem Hightech wirklich gelöst? Viele Innovationen gehen am Alltag vorbei. Sie lösen nicht

den ruinösen Preisdruck in der Landwirtschaft, reduzieren nicht die Machtkonzentration im Handel und verändern selten unsere Essgewohnheiten. Vielmehr verpacken sie Probleme neu und entwickeln hippe Produkte für zahlungskräftige urbane Märkte.

Hightech auf dem Teller wird demnach kaum die angestrebte Transformation bringen. Statt dem nächsten bahnbrechenden Pitch zu glauben, könnten wir deshalb diejenigen anhören, die für Ernährungssicherheit sorgen und daran arbeiten, täglich gesundes und gut schmeckendes Essen auf unsere Teller zu bringen.



Nadine Arnold, Professorin für Soziologie

Hinweis

In der Kolumne «Soziologischer Standpunkt» äussern sich Soziologinnen und Soziologen der Universität Luzern zu Gesellschaftsthemen. Quelle: Fairbairn, M., Kish, Z., & Guthman, J. (2022). Pitching agri-food tech: Performativity and non-disruptive disruption in Silicon Valley. *Journal of Cultural Economy*, 15(5), 652-670.